

**Fragestunde
gemäß § 48 der Geschäftsordnung
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 08.11.2018**

Alte Fragen:

<p>Nr. 173</p>	<p>Jürgen Wernergold AfD</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Wie jüngst der Presse zu entnehmen war, steht der Start des öffentlichen W-LANs an 15 aus-gewählten Plätzen in Wiesbaden bevor.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Im <i>Wiesbadener Kurier</i> vom 24. Oktober 2018 war zu lesen, dass - ich zitiere - „einige Seiten, etwa mit pornografischem und extremistischem Inhalt, über einen Filter gesperrt“ werden.</p> <p>a.) Was ist unter „einige Seiten“ zu verstehen? Kann der Magistrat die Zahl der gesperrten Seiten präziser benennen?</p> <p>b.) Wenn von Internetseiten mit „extremistischem Inhalt“ die Rede ist: welche konkreten rechtsradikalen, linksradikalen und islamistischen Seiten, Inhalte oder Schlagworte werden dazu gehören?</p>
<p>Nr. 124</p>	<p>Simon Rottloff SPD</p> <p>Dez. VII z.w.V. jetzt Dez. III z.w.V.</p>	<p>Die seit 1975 auf zwei Standorte verteilte Freiherr-vom-Stein-Schule wird voraussichtlich ab Sommer 2018 in einem Neubau an ihrem neuen Standort in der Ludwig-Beck-Straße beheimatet sein. Vor etwa einem Jahr war der Lokalpresse zu entnehmen (WK 20.04.17), dass die Biebricher Freiherr-vom-Stein-Schule vom Schuljahr 2018/19 an auch ein Angebot Betreuende Grundschule erhalten soll.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Startet die Betreuende Grundschule an der Freiherr-vom-Stein-Schule zum Schuljahresbeginn 2018/2019? 2. Welche Haushaltsmittel werden hierfür bereitgestellt? 3. Mit welchen personellen Ressourcen wird die Betreuende Grundschule an der Biebricher Grundschule ausgestattet sein? 4. Wie wird sich die Betreuungssituation im Grundschulkinderbereich hierdurch verändern?

<p>Nr. 143</p>	<p>Dr. Bernd Wittkowski CDU</p> <p>Dez. III z.w.V. jetzt Dez. II z.w.V.</p>	<p>Vom 25. Mai bis 3. Juni fand die 58. Ausgabe des Hessentags in Korbach statt. Die alljährlich wiederkehrende Veranstaltung bietet den verschiedenen hessischen Regionen die Möglichkeit, sich und ihre spezifischen Besonderheiten vorzustellen. Daneben beinhaltet das Programm Musik von internationalen Künstlern und die Landesausstellung, in der sich u.a. die Hessische Landesregierung und -behörden sowie Organisationen und Verbände präsentieren.</p> <p>Wie bewertet der Magistrat den Vorschlag, den Stellenwert als Landeshauptstadt hervorzuheben, indem Wiesbaden, wie andere Touristikstädte auch, mit einem eigenen Stand im Rahmen der Landesausstellung teilnimmt?</p>
<p>Nr. 147</p>	<p>Ingo von Seemen L&P</p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>In den Helios Horst-Schmidt-Kliniken wurden im Jahr 2016 zwei Intensivstationen zusammengelegt. Wie der Presse entnommen werden konnte, war diese Zusammenlegung Teil eines neuen medizinischen Konzepts, zu dem auch die Einrichtung einer neuen Klinik für Intensivmedizin an der HSK gehört.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie hoch ist die derzeitige Anzahl der physischen Intensivbetten inklusive Überwachungsbetten und deren tatsächliche Auslastung? 2. Ist die Kapazität der Intensivpflegebetten damit wieder auf dem Stand, der beim Übergang der Anteile von Rhön zu Helios vorhanden war? 3. Wie sieht die aktuelle Situation auf der Kinderintensivstation aus?
<p>Nr. 163</p>	<p>Alexander Winkelmann FDP</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Eine Tageskarte der ESWE Verkehr kostet weniger als zwei Einzelfahrten, was sicherlich zu einer besonderen Attraktivität der Karte führt, aber ansonsten nicht zwingend nachvollziehbar ist. Vor dem Hintergrund, dass die ESWE immer mehr Fahrten verzeichnet wäre interessant zu erfahren, ob hier gegebenenfalls ein Zusammenhang besteht.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Welche sachlichen Gründe waren für die Preisgestaltung der Tageskarte (günstiger als zwei Einzelfahrten) ausschlaggebend? 2. Wie wird der Verkauf von Tageskarten bei der Ermittlung der Gesamtfahrtenanzahl berücksichtigt?
<p>Nr. 149</p>	<p>Andrea Lohrmann FDP</p> <p>Dez. VI z.w.V. jetzt Dez. III z.w.V.</p>	<p>Während der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates Rheingauviertel/Hollerborn am 22. August 2017 wurde dem Ortsbeirat von Seiten des Schulamtes (vertreten durch Herrn Römer) zugesagt, die Kellerräume der Friedrich-von-Schiller-Schule auf das Vorhandensein von Schimmelsporen zu testen. Der modrige Geruch hatte in der Vergangenheit immer wieder Anlass zu Beschwerden gegeben</p>

		<p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wann und mit welchem Ergebnis Tests im Altbau der Friedrich-von-Schiller-Schule zur Feststellung von Schimmelsporen stattgefunden haben? 2. Welche Gründe vorliegen, falls die Tests noch nicht durchgeführt wurden? 3. Welche Maßnahmen sich ggf. daraus ableiten und bis wann diese durchgeführt werden sollen? 4. Ob hinsichtlich einer vermuteten Schimmelsporenbelastung gesundheitliche Auswirkungen auf die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrkräfte auszuschließen sind? 5. Welche Position bzw. Priorität die Friedrich-von-Schiller-Schule auf der aktuellen Schulbauliste einnimmt?
Nr. 157	<p>Veit Wilhelmy LKR&ULW</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Immer mehr Menschen - auch in Wiesbaden - leiden unter Pollenallergien. Die Pflanzen, die am häufigsten für starke Allergien verantwortlich sind, sind die Birke und die Haselnuss.</p> <p>Neueste Forschungsergebnisse legen nahe, dass nicht nur Menschen sondern auch die Flora und Fauna durch erhöhte Stickoxidwerte belastet werden. So scheint es einen Zusammenhang zwischen erhöhten Stickoxydwerten und einer erhöhten Allergenproduktion von Birken zu geben.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1.) Wie viele Birken und Haselnussbäume beziehungsweise -sträucher gibt es auf dem Gebiet der LH Wiesbaden schätzungsweise und wie viele sind zum Beispiel im Baumkataster erfasst. 2.) Gibt es Schwerpunkte dieser Art von Bepflanzung im Stadtgebiet? Wenn ja, wo? 3.) Erachtet es der Magistrat als sinnvoll die Pflanzen, die hauptverantwortlich für Allergiebeschwerden in der Wiesbadener Bevölkerung gelten durch andere (weniger belastende) Baumarten zu ersetzen? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, in welchem Zeitraum?
Nr. 151	<p>G. Schuchalter-Eicke Grüne</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Das Gebäude Mainzer Straße 166 war und ist von jeher, durch die Unterbringung vieler Menschen gekennzeichnet - zunächst durch seine Nutzung als Hotel, später als AsylbewerberInnenunterkunft und aktuell als Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete (GU).</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Ist dem Magistrat bekannt, dass die GU Mainzer Straße 166 (mit derzeit ca. 250 Bewohnerinnen und Bewohnern) verkehrstechnisch nur von stadtauswärts, also der Autobahn, erreichbar ist?

		<p>2) Wenn ja, hält der Magistrat die zeitliche Verzögerung von mehreren Minuten bei Notfällen für Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr, der Polizei, des Notarztes und von Hebammen die durch eine erzwungene Vorbeifahrt und Wende am Amöneburger Kreisel entsteht, für vertretbar?</p> <p>3) Sieht der Magistrat eine Möglichkeit, durch die Entfernung des Mittelstreifens gegenüber der Einfahrt zur GU diesen Zustand zeitnah zu beheben?</p>
Nr. 152	<p>Dr. Reinhard Völker CDU</p> <p>Dez. VII z.w.V. jetzt Dez. VI z.w.V.</p>	<p>Der neue Pflegereport der AOK hat die Situation in deutschen Pflegeheimen unter die Lupe genommen. Einerseits zeigt der Bericht zum Teil gravierende Mängel in der medizinischen Versorgung auf; die Rede ist etwa von zu häufigen Einweisungen ins Krankenhaus oder der unnötigen Ruhigstellung von Patienten. Andererseits macht der Bericht auch deutlich, dass es zahlreiche sehr gute Pflegeheime gibt. Im Grundsatz wurden große qualitative Unterschiede zwischen einzelnen Einrichtungen festgestellt.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Welche Erkenntnisse liegen dem Magistrat vor über Zustände in Wiesbadener Pflegeheimen? 2. Wie stehen die Wiesbadener Pflegeheime qualitativ insbesondere in Bezug auf die gesundheitliche Versorgung der Patienten dar? 3. Gibt es Anhaltspunkte, wie die Landeshauptstadt Wiesbaden im interkommunalen Vergleich dasteht?
Nr. 153	<p>Ronny Maritzen Grüne</p> <p>Dez. II z.w.V. jetzt Dez. IV z.w.V.</p>	<p>Der Magistrat hat in der Sitzung vom 21. März 2017 mit Beschluss Nr. 0198 unter Punkt 10 folgendes beschlossen: „Die ELW/DBW Recycling GmbH werden umgehend mit der Ertüchtigung der bereits vorhandenen Betonstraße zwischen Fort Biehler und dem Nordtor des Dyckerhoffbruchs beauftragt.“</p> <p>In der Öffentlichkeit ist bis heute noch nichts über den Stand der Planungen bzw. die Umsetzung dieses Beschlusspunktes bekannt.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie ist der Sachstand zur Umsetzung dieses Beschlusspunktes? 2. Was sind die Gründe für eine eventuelle bzw. augenscheinliche Verzögerung?
Nr. 154	<p>Sarah Weinerth CDU</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Die Grünanlage „Warmer Damm“ ist aufgrund ihrer zentralen Lage ein beliebter Erholungsort für die Bürgerinnen und Bürger Wiesbadens aber auch für die zahlreichen Touristen, die gerne um den Weiher herum verweilen. Mindestens seit den Frühlingsmonaten befindet sich die unmittelbar an den Weiher angrenzende Wiese, die eher einer ausgetrockneten Schlammgrube als einer Wiese ähnelt, bedauerlicherweise in einem beklagenswerten Zustand. Auch die Flächen in Richtung Villa Clementine bzw. IHK zeigen schon erste kahle Stellen.</p>

		<p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ist vorgesehen, die Wiese um den Weiher herum wieder instand zu setzen, damit sie im kommenden Sommer ohne kahle Stellen zur Verfügung steht? 2. Warum wurde bis heute nichts gegen den unzumutbaren Zustand der „Weiherwiese“ unternommen? 3. Was wird unternommen, um den anderen Flächen das derzeitige Schicksal der besagten „Weiherwiese“ zu ersparen?
Nr. 155	<p>Hartmut Bohrer L&P</p> <p>Dez. VI z.w.V. jetzt Dez. III z.w.V.</p>	<p>Die Erich-Kästner-Schule erfreut sich einer hohen, wachsenden Akzeptanz, was auch - im Verhältnis zu anderen Realschulen - am hohen Anteil von Erstanwahlen (den höchsten nach der Siemens-Schule) ablesbar ist - dies trotz einem baulich unbefriedigenden Zustand. So sind die - wohl aus dem Anfang der 70er-Jahren stammenden - Pavillons in verschiedener Hinsicht "abgängig".</p> <p>Ich frage deshalb den Magistrat:</p> <p>Wurden an der E-K-S PCB-Messungen durchgeführt? Wenn ja, wann mit welchen Ergebnissen? Wurde deshalb ein Sanierungsbedarf gesehen? Gibt es eine rechtliche Frist, bis wann ggfs. eine Sanierung zu erfolgen hat? Wurde ggfs. eine Sanierung vorgenommen? Gibt es Sanierungsbedarf hinsichtlich anderer gesundheitsgefährdender Baumaterialien? Findet ein solcher Sanierungsbedarf Berücksichtigung bei der Reihenfolge in der "Schulbauliste"?</p>
Nr. 156	<p>Mechthilde Coigné L&P</p> <p>Dez. VI z.w.V. jetzt Dez. III z.w.V.</p>	<p>Auf meine Frage vom 3.5.2018 bzw. meine Erinnerung am 15.8.18 hin wurde vom Magistrat mitgeteilt, dass es außer der WJW zehn städtische Gesellschaften gibt, die nicht der Tarifgemeinschaft angehören, darunter die SEG, die WiBau und die WVV.</p> <p>Für wann ist für die acht genannten Gesellschaften mit Mitarbeiter*innen der Beitritt zur Tarifgemeinschaft geplant?</p> <p>Kann davon ausgegangen werden, dass alle anderen, rund 90 städtische und städtisch beeinflussten Gesellschaften einer Tarifgemeinschaft angehören, also auch GWW, ESWE Verkehrs GmbH, ESWE Versorgungs AG, Altenhilfe Wiesbaden GmbH, WIVERTIS, MBA?</p> <p>Wenn ja, welchen Tarifgemeinschaften gehören die Gesellschaften an?</p>

<p>Nr. 150</p>	<p>Thomas Preinl LKR&ULW</p> <p>Dez. VI z.w.V. jetzt Dez. III z.w.V.</p>	<p>Bei der Präsentation des Haushaltes 2018/19 wurde eine Präsentation des Schuldenstandes der LHW für die Jahre 2011 bis 2019 vorgelegt. Dieser Präsentation ist zu entnehmen, dass die Gesamtverschuldung von 2011 von 369,4 M € auf einen Stand von 359,9 M € in 2017 leicht absinkt.</p> <p>Trotz der guten Konjunkturlage soll aber der Gesamtschuldenstand in den Haushaltsjahren 2018/19 von 382,6 M € auf 397,9 M € stark anwachsen.</p> <p>1.) Wieso wird trotz Rekordeinnahmen ein steigender Gesamtschuldenstand durch den Magistrat geplant beziehungsweise hingenommen und wie wird dieses Vorgehen begründet?</p> <p>2.) Beabsichtigt der Magistrat zur Entlastung der kommenden Generationen den Gesamtschuldenstand mittelfristig abzubauen? a) Wenn ja - durch welche konkreten (Einspar-)Maßnahmen soll dies sichergestellt werden? b) Wenn nein - wie erklärt der Magistrat den künftigen Generationen von Wiesbadnern, dass trotz sehr guter Konjunkturlage ein stetig wachsender Schuldenberg hinterlassen wird?</p>
<p>Nr. 158</p>	<p>Dorotheè Andes-Müller Grüne</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Durch die Bauarbeiten in der Klingholzstraße musste die Fußgängertreppe, die einen direkten Zugang von der Breitenbachstraße zum Bahnhofsplatz darstellt, entfernt werden. Bürgerinnen und Bürger, die von der Breitenbachstraße zum Hauptbahnhof gelangen wollen, müssen nun einen langen Umweg über die Fischerstraße und die Klingholzstraße nehmen. Als Folge wählen viele Bürgerinnen und Bürger eine Abkürzung durch die Böschungsbepflanzung zwischen Breitenbachstraße und Klingholzstraße, um direkt zum Bahnhof zu gelangen, sodass erste „Trampelpfade“ entstanden sind, die zum das Grün schädigen und zum anderen keine wirkliche Alternative für Fußgänger und Fußgängerinnen darstellen.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>1. Ist dem Magistrat das Problem an benannter Stelle bekannt?</p> <p>2. Welche Alternativen können den Bürgerinnen und Bürgern für den Zugang zum Hauptbahnhof geboten werden z.B. durch den Bau einer provisorischen Treppe?</p>

<p>Nr. 159</p>	<p>Christiane Hinninger Grüne</p> <p>Dez. IV z.w.V.</p>	<p>Mitte des vergangenen Jahres wurde unter Zeitdruck die Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft gemeinsam mit der Frankfurter ABG GmbH durch den Oberbürgermeister forciert. Die entsprechenden Gremienbeschlüsse zur Gründung der EGM-Gesellschaft wurden im November 2017 in der StV getroffen. Diese Gesellschaft sollte einen wesentlichen Beitrag zum Abbau der Wohnungsnot im Rhein-Main Gebiet leisten, in dem besonders Flächen für bezahlbaren Wohnraum entwickelt werden sollten. Ergebnisse hierzu sind leider bisher nicht bekannt. Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie ist der Stand der Umsetzung der Beschlüsse zur Einrichtung der EGM als gemeinsamer Entwicklungsgesellschaft von ABG GmbH und SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH? 2. Welche Aktivitäten im Sinne der beschlossenen Zielsetzung hat die EGM bisher entwickelt? 3. Wann wird der Aufsichtsrat der EGM eingerichtet?
<p>Nr. 136</p>	<p>Sarah Weinerth CDU</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Dem WK vom 11.05.2018 ist zu entnehmen, dass seit vergangenem Dezember neue Regelungen zur Straßenmusik gelten. Anstatt wie bisher zwischen 8 und 20 Uhr, dürfen Straßenmusiker nur noch zwischen 11 bis 18 Uhr musizieren. Immer wieder ist es in der Vergangenheit in der Fußgängerzone zu Interessenkonflikten hauptsächlich zwischen Geschäftseinhabern und Straßenmusikern gekommen. Nach wie vor besteht der Eindruck, dass Straßenmusik in Wiesbaden häufig in jedweder Frequenz und Lautstärke ungeahndet toleriert wird.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie wird gewährleistet, dass Straßenmusiker von der neuen Regelung in Kenntnis gesetzt werden? 2. Wie schätzt der Magistrat die Wirkung einer verkürzten Spielzeit auf das regelwidrige Nutzen von Verstärkern und lautem Schlagwerk etc. ein? 3. Auf welcher Grundlage wurde die Entscheidung getroffen, das Musizieren von 11 bis 18 Uhr zu beschränken? Wurden betroffene Geschäftseinhaber vorab befragt, welche Probleme und Lösungen sie in Sachen „Straßenmusik“ sehen?
<p>Nr. 161</p>	<p>Konstanze Kupper Grüne</p> <p>Dez. III z.w.V. jetzt Dez. II z.w.V.</p>	<p>Zum Stadtfest werden jährlich in großem Umfang orangefarbene Teppiche ausgelegt.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie viele Quadratmeter der orangefarbenen Teppiche werden jährlich für das Stadtfest ausgelegt?

		<ol style="list-style-type: none"> 2. Aus welchem Material sind die Teppiche? 3. Werden die Teppiche anschließend nochmals oder anderweitig genutzt? 4. Falls sie nicht wiederverwendet werden: welche Abfallmengen entstehen und wie werden diese entsorgt? 5. Welche Kosten entstehen jährlich für die Anschaffung, das Verlegen und ggf. die Entsorgung der Teppiche? 6. Ist das Auslegen dieser Teppiche zwingend erforderlich und falls ja, aus welchem Grund?
Nr. 139	<p>Denis Seldenreich AfD</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Bei einer Expertenrunde des Lilienjournals (Heft 16/2018), erklärte Herr Kowol, er ginge davon aus, mit dem Austausch von Diesel- durch E-Busse in 4 Jahren rund 10 Prozent der Stickoxid-Werte zu reduzieren und deutlich unter den heutigen Wert von 50 Mikrogramm zu kommen.</p> <p>Frau Dr. Mang aus dem hess. Umweltministerium erklärte in der Runde, dass die Grundbelastung im Rhein-Main-Gebiet durch Haushalte, Industrie, Flugzeuge „schon drei Viertel des Grenzwertes ausschöpft“. Also 30 von erlaubten 40 $\mu\text{g}/\text{m}^3$. Zurzeit verursacht der Straßenverkehr also 20 der gemessenen 50 $\mu\text{g}/\text{m}^3$.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Hält der Dezernent eine Senkung der 20 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ um 10 Prozent, also gerade einmal 2 Mikrogramm, für eine deutliche Senkung? 2. Bezieht der Dezernent die 10 Prozent auf die gesamte NO₂-Belastung inklusive Grundbelastung, obwohl nur der verkehrsbezogene Anteil durch E-Busse beeinflussbar wäre? 3. Hält der Dezernent diese Rechnung angesichts der hohen Ausfallquote von E-Bussen für realistisch?
Nr. 148	<p>Alexander Winkelmann FDP</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Die Landeshauptstadt Wiesbaden und ihre städtischen Gesellschaften betreiben viele Dienstfahrzeuge. Diese erhalten zum Teil Ausnahmegenehmigungen, um die Innenstadt zu befahren oder auf Flächen zu parken, die normalerweise dem absoluten Halteverbot unterliegen. In letzter Zeit war es besonders auffällig, dass diese Ausnahmegenehmigungen für Parken im Halteverbot genutzt wurden. So wurden bei der Werbeveranstaltung zur Citybahn am 07.06.18 im Rhein-Main-Congress-Center demonstrativ mehrere Dienstlimousinen direkt vor den Eingang des RMCC geparkt, obwohl im Umfeld ausreichend Parkplätze frei waren.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Auf welcher Rechtsgrundlage werden solche Ausnahmegenehmigungen erteilt? 2. Wie viele Fahrzeuge der Landeshauptstadt Wiesbaden haben eine solche Ausnahmegenehmigung?

		3. Hält der Magistrat die Nutzung der Ausnahmegenehmigung auch im Hinblick auf seine Vorbildfunktion für sinnvoll, wenn ausreichend andere freie Parkplätze im nahen Umfeld zur Verfügung stehen?
Nr. 125	Dennis Volk-Borowski SPD Dez. V z.w.V.	Um zu den Sportanlagen auf der Gegenüberliegenden Seite zu gelangen, sowie auf dem Schulweg sicher den Konrad-Adenauer-Ring überqueren zu können, nutzen die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums am Mosbacher-Berg die neben dem Eingang der Schule gelegene Unterführung. Die erfolgte Verbesserung des Zustandes der Unterführung im Rahmen einer Projektwoche hatte nicht lange Bestand. Mittlerweile ist die Unterführung durch Farbschmierereien an den Lampen schlecht beleuchtet und erweckt insgesamt einen unsauberen Eindruck. Ich frage den Magistrat: 1. Wer ist für die Reinigung der genannten Unterführung zuständig? 2. Wie häufig wird die genannte Unterführung gereinigt? 3. Zu welchem Zeitpunkt sind eine turnusgemäße Wiederherstellung der Beleuchtung, sowie notwendige Schönheitsreparaturen vorgesehen?

Neue Fragen:

Nr. 165	Gabriele Enders FDP Dez. II z.w.V.	Die Stadtverordnetenversammlung hat mit dem Haushalt 2018/19 die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle im Bereich der Wirtschaftsförderung beschlossen. Bezugnehmend darauf, hat die Stadtverordnetenversammlung - der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung folgend (Beschluss 0030 vom 24.04.2018) - am 03.05.2018 den Magistrat gebeten, unter Berücksichtigung der Arbeitsschwerpunkte „Ansiedlung“, „Gründungen/StartUps“, „Gewerbeflächenmanagement“, und „Fördermittel“, ein Konzept zur Ausgestaltung der oben genannten zusätzlichen Stelle vorzulegen (Beschluss 0121 vom 03.05.2018). Mittlerweile wurde der Haushalt 2018/19 durch die Aufsichtsbehörde genehmigt. Ich frage daher den Magistrat: 1. Wie ist der aktuelle Sachstand bezüglich der Ausarbeitung des Konzeptes? 2. Wann ist mit der Besetzung der Stelle zu rechnen?
---------	--	--

<p>Nr. 166</p>	<p>Fredy Mensching FDP</p> <p>Dez. IV z.w.V.</p>	<p>In Frankfurt kooperiert die städtische Wohnungsbaugesellschaft ABG mit dem Discounter LIDL bei der Schaffung von neuem Wohnraum im unmittelbaren Umfeld neuer beziehungsweise renovierter Filialen. Dabei sollen sowohl auf dem Supermarkt als auch in einem anschließenden Gebäude neue Wohnungen entstehen. Auch in Berlin sollen Filialen des Discounters ALDI mit Wohnungen ergänzt werden. Laut Bericht der Frankfurter Rundschau vom 8. März 2018 sucht das LIDL-Immobilienbüro Rhein-Main weitere Möglichkeiten für solchen Wohnbau auch in Mainz oder Wiesbaden.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Gab es in dieser Sache bereits eine Kontaktaufnahme des LIDL-Immobilienbüros (oder anderer Supermärkte) zur Landeshauptstadt Wiesbaden und wenn ja, mit welchem Ergebnis? 2. Wie bewertet der Magistrat - vor dem Hintergrund fehlenden Wohnraums - solche Kooperationen? 3. Gibt es Planungen von Seiten des Magistrates solche Kooperationen mit potentiellen Partnern einzugehen?
<p>Nr. 167</p>	<p>Monika Becht FW/BLW</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>In Wiesbaden sieht man immer wieder Fahrräder mit großen Werbeschildern an Speichen und Rahmen, die teilweise wochenlang an der gleichen Stelle im öffentlichen Raum stehen. Einige dieser Fahrräder haben platte Reifen und scheinen nicht fahrbereit zu sein</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Benötigen Fahrräder, die nur zu Werbezwecken abgestellt werden eine Sondernutzungserlaubnis, so wie es in anderen Städten üblich ist? 2. Wenn eine Sondernutzungserlaubnis nötig ist, fallen dann auch Sondernutzungsgebühren an. Wenn ja, wie hoch sind diese? 3. Gibt es Information über die Zahl nicht genehmigter Werbefahrräder in Wiesbaden? 4. Wie wird in Wiesbaden mit nicht mehr fahrbereiten Werbefahrrädern verfahren? Wer trägt die Kosten für die Entfernung?
<p>Nr. 168</p>	<p>Alexander Winkelmann FDP</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Am 6. August 2018 sprach Herr Prof. Zemlin auf der Veranstaltung „City-Bahn - Chancen und Risiken für die Wirtschaft“ der IHK Wiesbaden von den wirtschaftlichen Vorteilen, welche durch den Bau und Betrieb der City-Bahn entstünden. Demnach würden rund 400 bis 500 Millionen EUR direkt in die Region fließen und die City-Bahn „Traffic“ generiert. Zudem Sorge die Bahn für „mehr Kunden in der City“, „mehr Studierende“, „mehr Talente“ und „mehr Umsatz für Gastronomie“.</p>

		<p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Werden die Aufträge in Zusammenhang mit der Planung und dem Bau der City-Bahn europaweit ausgeschrieben? 2. Macht sich der Magistrat die Aussagen von Herrn Prof. Zemlin zu eigen und wenn ja, auf welcher Grundlage (Daten/Schätzungen)?
Nr. 169	<p>Hartmut Bohrer L&P</p> <p>Dez. I z.w.V.</p>	<p>Es bestehen Überlegungen für die Ausweisung eines Gewerbegebiets von 51 ha und eines Wohngebiets von über 30 ha in der Gemarkung Kastel im Bereich Fort Biehler-Ostfeld.</p> <p>Wie breit ist der Korridor zwischen dem Flugplatz (Airbase der USAREUR) und dem Rhein bzw. dem Industriegebiet Kalle-Albert, in dem eine Bebauung aufgrund des genehmigten Flugbetriebs nur eingeschränkt möglich ist? Wie sehen diese Beschränkungen aus? Welche Bauhöhen dürfen jeweils nicht überschritten werden?</p> <p>Welche Ausnahmeregelungen hinsichtlich der Verursachung von Fluglärm gelten für den Betrieb der Airbase der USAREUR? Welche Regelungen gelten für die Flüge, insbesondere für die in den Sommermonaten üblichen Übungsflüge, bei denen bis tief in die Nacht hinein die Bewohnerinnen und Bewohner in der Nähe der Airbase im Takt weniger Minuten durch Fluglärm beeinträchtigt werden?</p>
Nr. 170	<p>Mechthilde Coignè L&P</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Es wird immer wieder davon gesprochen, dass zur Minderung der Schadstoffe im Straßenverkehr der Radverkehr zu fördern sei. In den AKK-Stadtteilen bestehen hinsichtlich der Topographie gute Bedingungen, hinsichtlich der Sicherheit aber schlechte. Die Steinern Straße ist als Schulweg für die IGS Wilhelm-Leuschner-Schule (WLS) und künftig auch für die Förderschule Albert-Schweitzer-Schule (ASS) sowie die großen Wohn- und Baugebiete Im Sampel, Krautgärten, Am Königsfloß und Zelterstraße von großer Bedeutung.</p> <p>Ich frage den Magistrat. Wann wird dort endlich ein Fahrradweg eingerichtet? Wann wird die seit langem überfüllte Fahrradabstellanlage am Bahnhof Kastel wie vom Ortsbeirat gefordert und vom Magistrat zugesagt endlich ausgebaut? Wie sehen die Planungen zur Verbesserung der Fahrradabstellmöglichkeiten an der WLS und zur Anlage an der ASS aus? Wann werden in den genannten Wohngebieten Fahrradverleihstationen eingerichtet?</p>

<p>Nr. 171</p>	<p>Brigitte Forßbohm L&P</p> <p>Dez. VI z.w.V.</p>	<p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Wie hoch ist der Betrag, den die LH Wiesbaden für laufende Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen der Leistungen nach SGB II bzw. XII aufgebracht hat in den Jahren 2015, 2016, 2017?</p> <p>Wie hoch ist der Betrag, den die LH Wiesbaden für den Bezug an Wohngeld aufgebracht hat in den Jahren 2015, 2016, 2017?</p>
<p>Nr. 172</p>	<p>Ingo von Seemen L&P</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Welche verkehrssichernden und verkehrsberuhigenden Maßnahmen wird der Magistrat auf der stark befahrenen Wiesbadener Straße in Mainz-Kastel ergreifen, insbesondere im Bereich der Kindertagesstätte der Arbeiterwohlfahrt und der Außenstelle der Gustav-Stresemann-Schule (Grundschule)?</p> <p>Wie viele sichere Fahrradabstellanlagen mit wie vielen Plätzen gibt es im Bereich der Flüchtlingsunterkunft Kastel Housing Area für die rund 500 Bewohnerinnen und Bewohner dort, von denen viele Kinder und Jugendliche Schulen außerhalb des Geländes besuchen?</p> <p>Welche Maßnahmen gibt es seitens der Stadt zur Gewährleistung der Mobilität der dort untergebrachten Geflüchteten durch Nutzung des ÖPNV?</p>
<p>Nr. 140</p>	<p>Dr. Klaus Lork AfD</p> <p>Dez. V i.V.m. Dez. I z.w.V.</p>	<p>Wie der Presse zu entnehmen war, plant die ESWE bis Oktober 2018 die Einrichtung von weiteren 20 öffentlichen Ladesäulen mit je zwei Ladeplätzen für Elektrofahrzeuge im Stadtgebiet, an denen die Ladezeit tagsüber auf 2 Stunden limitiert sein wird. Bisher betreibt die ESWE bereits 11 öffentliche Ladepunkte im Stadtgebiet.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie hoch ist die Auslastung der bisher bestehenden 11 Ladepunkte im Tagesdurchschnitt? 2. Wie viele E-Fahrzeuge fahren die 11 Ladepunkte täglich im Durchschnitt an? 3. Welche Ladepunkte werden am häufigsten angefahren? 4. Zu welchen Uhrzeiten ist die Auslastung der bestehenden Ladepunkte am höchsten und zu welchen am niedrigsten? 5. Welche Erkenntnisse gibt es zur durchschnittlichen Verweildauer der ladenden Fahrzeuge an den bisher bestehenden Ladepunkten? 6. Handelt es sich bei den Nutzern in der Mehrzahl um Anwohner?